LTWP-2-008-2 2. Verantwortliche Wirtschaft – Nachhaltige Innovation

Antragsteller*in: KV Rhein-Pfalz-Kreis
Beschlussdatum: 16.10.2020

Text

Nach Zeile 8 einfügen:
Die notwendige ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft stellt Betriebe und Arbeitnehmer*innen in Rheinland-Pfalz vor große Herausforderungen. Wir GRÜNE treten für einen sozialverträglichen Wandel ein.
Beim Übergang in eine ökologische Moderne wollen wir den sozialen Zusammenhalt nicht gefährden, sondern stärken. Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO2-Steuer müssen an die Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.Eine vorausschauende Wirtschafts- und insbesondere Industriepolitik findet für uns GRÜNE im ständigen Dialog mit Unternehmen und Gewerkschaften statt. Sie beinhaltet in vom Strukturwandel betroffenen Branchen und Regionen frühzeitig einsetzende, vor allem durch die Bundesanstalt für Arbeit organisierte Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und eine vorausschauende regionale und sektorale Wirtschaftspolitik. Wir unterstützen tarifpolitische Vereinbarungen, die Arbeitszeitverkürzungen unter anderem zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit ermöglichen. Auch zur Beteiligung der Arbeitnehmer*innen in der anstehenden wirtschaftlichen Transformation wollen wir die Betriebs- und Unternehmensmitbestimmung stärken. Überall wo gesetzlich vorgesehen, müssen Betriebsräte eingerichtet werden. Bundespolitisch treten wir für eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ein. Die Förderung der Unternehmensbeteiligung in Arbeitnehmerhand, die in Rheinland-Pfalz eine Tradition hat, wollen wir reaktivieren. Sie stärkt das Eigenkapital der Unternehmen und die Verbundenheit der Arbeitnehmer*innen mit den Betrieben.

Begründung

Wir müssen in unserem Programm gerade im Kapitel "Wirtschaft" noch klarer herausarbeiten, dass die anstehende wirtschaftliche Transformation sozialverträglich gestaltet werden muss. Soziale Bewegungen, die einer Umwelt- und Klimaschutzpolitik gegenüber kritisch eingestellt sind, müssen wir so gut wie möglich vermeiden. Zur Stärkung der Beteiligung von Arbeitnehmer*innen sollten wir auch die betriebliche Mitbestimmung und die Beteiligung am Betriebsvermögen ausbauen.